

Verkehr

Münchner Tram: Fahrer wollen keine Bundeswehr-Werbung

7. Februar 2025, 12:00 Uhr Quelle: dpa Bayern

ZEIT ONLINE hat diese Meldung redaktionell nicht bearbeitet. Sie wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen.



Einige Fahrer wollen keine Bahnen mit Bundeswehr-Werbung fahren.
(Archivfoto) © Sven Hoppe/dpa

Einige Fahrer von Trambahnen in München wollen keine Züge mit Bundeswehr-Werbung durch die Stadt steuern. Das bestätigte die Verkehrsgesellschaft MVG auf Anfrage, nachdem Medien zuvor berichtet hatten. Den Berichten zufolge haben drei Fahrer der MVG ihre schriftliche Weigerung geschickt, Züge der Straßenbahn zu fahren, auf denen Folie mit Bundeswehr-Werbung klebt.

Schlagzeilen > [https://www.zeit.de/news/index]

Aktuelles

Statistisches Bundesamt

Anteil der Babyboomer in Mangelberufen besonders hoch

[https://www.zeit.de/arbeit/2025-01/babyboomer-mangelberufe-statistisches-bundesamt]

Clara W.

Auslieferung nach Ungarn? Antifa-Mitglied stellt sich der Polizei

[https://www.zeit.de/hamburg/2025-01/elbvertiefung-21-01-2025]

Z+ Studieren in Magdeburg

"Ich will nur noch weg aus Magdeburg"

[https://www.zeit.de/campus/2025-01/studieren-magdeburg-anschlag-migration-rassismus-umzug]

«Wir nehmen die Sorgen ernst und werden mit den Fahrern sprechen», teilte die MVG mit. «Es ist aber grundsätzlich nicht möglich, dafür zu sorgen, dass einzelne Fahrer nicht auf einzelnen Zügen eingesetzt werden.» Die Bundeswehr [https://www.zeit.de/thema/bundeswehr] werbe «wie andere Unternehmen auch» und habe die Werbefläche regulär gebucht. Das sei in mehreren Städten schon länger der Fall. Bevor die Werbung auf den Zügen zu sehen gewesen sei, habe die Bundeswehr jahrelang Werbung an den Banden der Trambahn gemacht, teilte die MVG mit.

Straßenbahnen mit Bundeswehr-Werbung auch in Zwickau umstritten

Bundeswehr-Werbung auf Straßenbahnen hatte in der vergangenen Woche auch im Stadtrat von Zwickau zu einer hitzigen Debatte geführt. Anlass war eine in Tarnfarben gestaltete Straßenbahn der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVZ), die für den Dienst bei der Bundeswehr wirbt. Auf Antrag des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) beschloss der Stadtrat mit 24 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen ein Werbeverbot auf allen städtischen Liegenschaften, Veranstaltungen und kommunalen Fahrzeugen.

© dpa-infocom, dpa:250207-930-368146/1



4 Wochen für

1 €



Über 300.000 Abonnenten nutzen die digitale ZEIT. Entdecken auch Sie das digitale Abo der ZEIT mit Zugang zu allen Artikeln auf zeit.de.

4 WOCHEN FÜR 1 € TESTEN